



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ritter, Karl Bernhard: Deutschlands innenpolitische Lage 1920

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

lassen, so entsetzlich lähmend der außenpolitische Sinn unseres Volks ist, dessen Politisierung trotz Revolution und Parlamentarismus mindestens nur sehr langsame Fortschritte macht. Das gilt für die Außenpolitik noch mehr als für die Innenpolitik. Aber wir werden als Volk und Staat nicht wieder zur Höhe hinaufsteigen, wenn sich der deutsche Mensch nicht erzieht zum außenpolitischen Sinn, wenn er sich nicht erfüllt mit dem unlöslichen Zusammenhang inner- und außenpolitischer Entwicklung, inner- und außenpolitischen Tuns, in dem festen Bunde, dem Preußen seine schnelle Erhebung nach 1806 dankte, dem Bunde von Macht und Idee!



Deutschlands innerpolitische Lage 1920

Von Dr. Karl Bernhard Ritter, Mitglied der preussischen Landesversammlung



Am 9. Juni des Jahres schrieb ich an dieser Stelle unter dem Eindruck der Reichstagswahlen: „Der Sinn dieser Wahlen geht auf ein Neues. Jenseits aller Parteien und aller Parteipolitik sucht das Volk nach den sachkundigen, unabhängigen Führern. . . Die Demokratie als Parteiregierung sollte in diesen Wahlen ihr Urteil empfangen. Sie muß damit abgetan sein.“ Man hat auf diese deutliche Bekundung des Volkswillens nicht gehört. Die Regierungsbildung, die den Juniwahlen folgte, war ein Schauspiel parteitaktischer Mächlerei schlimmster Art. Die praktische Leistung einer so unrühmlich zustande gekommenen Regierung entspricht dieser ihrer Entstehungsgeschichte. Unsicherheit und Unentschlossenheit in allen Maßnahmen, weitere Abhängigkeit von Strömungen heterogenster Art ist ihr Kennzeichen. Nur durch volles Begreifen der Aufgabe, die sich nach dieser Wahl für die Parteien ergab, Vermittler, nicht Organe des Volkswillens zu sein, und darum durch einen klaren Verzicht auf Weiterführung der vom Volke abgelehnten Regierungsweise konnte die in der Tat „parlamentarisch“ nicht zu lösende Krisis überwunden werden. Man hat nicht begriffen und hat dadurch die Krisis in Permanenz erklärt. Oder ist ein Zustand, wie der gegenwärtige, bei dem die Minderheitsregierung abhängig ist von der Gnade einer Partei, die brutal, ohne auch nur das „Gesicht“ zu wahren, zu erkennen gab, daß sie sich lediglich von parteitaktischen Erwägungen leiten zu lassen gedenke, etwas anderes als eine permanente Krisis? Man hat uns gesagt, es sei schwer, ja unmöglich gewesen, Fachmänner für die Ministerseffel zu gewinnen. Können halbe Entschlüsse etwas anderes als halbe Ergebnisse zeitigen?

Die völlige Abhängigkeit der Reichsregierung von der linken Opposition wird aber erst dann ganz erkennbar, wenn man bedenkt, daß in fast allen Regierungen der Länder, vor allem in der Preußenregierung, eben diese Opposition die fast ungeschmälerete Herrschaft ausübt. Der Verwaltungsapparat des mitaus größten Teils des Reichsgebiets ist in sozialdemokratischer Hand. Es bedurfte nicht erst der agitatorischen Leistung des Abgeordneten und Ministerpräsidenten Braun, um die ganze Unmöglichkeit dieses Zustandes kraß zu beleuchten.

Inzwischen bringt abermals die Stimme eines unverkennbaren Volksurteils über unser derzeitiges System an das Ohr der Verantwortlichen. 30 bis 40 % der

eingeschriebenen Wähler sind am 14. November im roten Freistaat zu Haus geblieben. Wer Ohren hat zu hören, der höre! Alle Entrüstungstürme der Parteipresse aller Richtungen wird an der Tatsache eines unbezwinglichen Mißtrauens der Massen gegen das Glück demokratischer Freiheit nichts zu ändern vermögen. Die Aussichten für die Wahlbeteiligung in zukünftigen Fällen sind für alle Unentwegten geradezu vernichtend.

Doch ist es nicht nur das System, das mit erstaunlicher Schnelligkeit abwirtschaftet. Auch innerhalb der Parteien bereitet sich die große Götzendämmerung vor. Von der Demokratie ist nicht viel mehr zu sagen. Kaum daß sie, infolge der völligen Ermattung, ja Verzweiflung des Volksgeistes an sich selbst, zu einem ihr selbst überraschenden vollständigen Sieg auf der ganzen Linie gelangt ist, muß sie schon erleben, daß sie in einer neuen Zeit bald nur noch als Übergangserscheinung, als letztes Überbleibsel einer versinkenden Welt empfunden wird. Wen rührte nicht die komische Entrüstung, mit der die demokratische Presse in der neugebackenen Republik nach den dazu gehörigen Republikanern sucht und im Tone väterlicher Belehrung dem deutschen Volke klarzumachen sucht, daß es nicht genüge, eine demokratische Verfassung zu haben, es gelte, sich nun auch die entsprechende Gesinnung anzuschaffen. Erstaunlicher ist eigentlich das Tempo, in dem der Sozialismus Marxscher Rechtgläubigkeit seinem Ende zueilt. Seine imponierende Geschlossenheit, seine Sicherheit hat sich als Schein herausgestellt. Es war die Geschlossenheit der hoffnungslosen Opposition, die es wagen kann, jenseits aller positiven Verantwortung der Neigung der Massen zu dogmatischer Gläubigkeit zu hulldigen. Wie sehr das der Grund war für die Parteierfolge dieses Sozialismus, zeigt heute die geradezu tragische Lage ihrer einsichtigen, nüchternen und ernstesten Köpfe, die sich vergeblich abmühen, den Kurschreibern Boden abzugewinnen, und die mit ihrer Einsicht in die politische Unzulänglichkeit des Dogmas scheitern an der reichen taktischen Erfahrung derer, die das Ressentiment als stärkste politische Triebkraft des deutschen Spießers, auch des proletarischen Spießers, zu schätzen lernten und darum auch heute noch, freilich mit immer krampfhafteren Mitteln und Mittelchen, diese so schätzenswerten Stimmung auszunützen sich bemühen. Kann eigentlich außen- und innenpolitische Torheit und Armseligkeit eindrucksvoller illustriert werden, als durch die „Hohenzollerntage“ des Vorwinters in Reichstag und Landtag? Freilich zeigt die Art, wie man auf der Gegenseite zum Teil diese minderwertigen Versuche, die kommenden Preußenwahlen vorzubereiten, aufgriff und sie nun im entgegengesetzten Sinn „auswertete“, daß man auch da sich nicht freihält von der Spekulation auf menschlich gewiß sympathische, politisch jedoch unfruchtbare Stimmung. Mit die bedauerlichste, ja schmerzlichste unter diesen Erscheinungen eines hoffnungslosen Rückfalls in öde Taktik ist aber doch der Anblick, wie ein Hue, der in Spaa großen Sinn für gemeindeutsche Notwendigkeiten bewies, jetzt einem echten Gefühl dafür, daß es so nicht weitergeht, wie es geht, und etwas Grundlegendes geschehen muß, nur die Forderung der Volksozialisierung, also eine heute doch dem sachlich Denkenden längst nur zu leere Phrase in den Mund zu legen weiß.

Man hat es übel vermerkt, daß in Hannover von der Überflüssigkeit einer „liberalen“ Volkspartei gesprochen worden ist. Und doch zeigt vielleicht kein Beispiel so sehr wie das dieser Partei, was ihre Entstehungsgeschichte und ihre Sonderideologie angeht, wie stark unser gesamtes Parteiwesen noch bestimmt ist von

politischen Einstellungen der Vorkriegszeit, wie sehr wir immer noch beherrscht sind von Gefühlen, Vorstellungen, die mit den Aufgaben unserer Gegenwart wenig genug zu tun haben. Die Erkenntnis bricht sich unaufhaltsam Bahn, daß wir in veralteten Schützengräben kämpfen, daß wir uns innerpolitisch in Fronten gegenüberstehen, die den wahren Kampf, das echte Ringen um Zukunftsgestaltung nicht widerspiegeln. Eine der bedeutungsvollsten Äußerungen dieser Erkenntnis scheint mir in der Essener Rede Stegerwalds vorzuliegen. Man möchte es seinen ehrlichen und offenen Worten nur zu gern glauben, daß sich in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung der Wille zu nationaler, verantwortlicher Politik großen Stils regt. Vielleicht wächst uns da in der Tat eine Möglichkeit, die letzte Möglichkeit vielleicht, zu, den Zusammenschluß aller derer herbeizuführen, die, vom Willen zum Aufbau getrieben, ihre Richtung durch das Ziel der innerlich gegründeten, gewachsenen, nicht gemachten Volksgemeinschaft erhalten. Freilich muß an die Führer der christlich nationalen Gewerkschaften die ernste Frage gerichtet werden, ob sie entschlossen sind, in ihrer Bewegung mit aller Ungleichung an die Klassenkampfadeologie zu brechen und einer organischen Wirtschaftsauffassung den Boden zu bereiten. In der Richtung auf die Volksgemeinschaft liegt unserer festen Überzeugung nach die einzig fruchtbare Quelle politischer Kraftentfaltung nach außen und innen. Bejaht man diese Richtung, so muß man auch ohne Scheu alte Bahnen verlassen und es wagen, ganz neu zu denken über Fragen, die unter dem Druck der bisherigen krankhaften Entwicklung agitatorisch beantwortet wurden. Das Vorwärtsdrängen in der bezeichneten Richtung war es auch, das den Parteitag der Deutschnationalen in Hannover über die nackte und leere Stimmung der anderen Parteitage dieser letzten Monate hinauszob. Man spürte es, daß sich da die Bereitschaft regte, über sich selbst hinauszukommen, Bahnbrecher eines zukunftsächtigen, völkischen Gemeinwillens zu werden. In dieser Bereitschaft fanden sich in Hannover gerade die Vertreter der Arbeiterschaft mit denen der Jugend zusammen.

Auch damit hat Stegerwald recht, daß er es als die Aufgabe nationaler Politik bezeichnet, nicht nur mit der Revolution „fertig zu werden“, sondern in positiver Würdigung der Ursachen, die zu dieser Katastrophe geführt haben, eine Überwindung der ganzen Entwicklung der letzten Jahrzehnte anzubahnen, einer Entwicklung, die in der Ablehr von den irrationalen geistigen Grundkräften völkischen Gemeinschaftslebens zu einer Entseelung, einer Aushöhlung und dementsprechend zu einer Mechanisierung aller Lebensformen geführt hat. Diese Überwindung der Folgen der so verhängnisvollen Entwicklung kann darum grundlegend auch nur in einer Erneuerung der Gesinnung gefunden werden, einer Belebung des Gemeinschaftsgedankens von innen heraus durch die Kräfte eindringlicher Selbstbefreiung, durch die Kräfte der Religion.

Die Geschichte erleidet nur scheinbar Brüche ihrer kontinuierlichen Entwicklung. Die inneren Zusammenhänge zwischen unserem Heute und dem Gestern der wilhelminischen Ära werden uns immer erkennbarer. Und damit wächst die Einsicht, daß unser Leiden nicht nur der Krieg mit seinen Folgen ist, daß wir leiden an einer Krankheit, einer lebensgefährlichen Krankheit seit langer Zeit. Machen wir uns an einem Bilde klar, was uns fehlt. Ich war vor kurzem in Köln. Und wie immer, so ergriff mich auch diesmal der Anblick des „Hohen Hauses“. Wir wissen keinen Namen, wir spüren nur, da hat Geschlecht nach Geschlecht gebaut, Bogen über Bogen

aufgeschwungen, Wölbung über Wölbung kühn getürmt und bis zur letzten Blume und dem obersten Knäuf atmet der Stein, beseelt von einem Leben. Denn vom Meister bis zum letzten Gesellen erfüllte sie alle, die dies Werk schufen, derselbe Volksgeist und belebte sie in seinem Dienst mit gleichem Schöpferdrang. So steht der Dom da, ein Denkmal und Sinnbild lebendiger Volksgemeinschaft. Und dann schaue man sich das Bahnhofsviertel einer beliebigen Stadt an, das in den Jahren seit der Reichsgründung entstanden ist. Dies Sammelsurium von Nachahmungen der Stile aller Zeiten und Völker, diese Häufung von Willkür und Laune ist ein getreues Abbild einer Zeit, in der die Volksgemeinschaft zerfiel, in der alle gemeinsamen, die Volksgenossen bindenden und so verbindenden Werte verloren gingen, in der das Individuum sich selbst zum obersten Ziel und letzten Wert wurde. Und nun spüren wir, wie diese Zeit des schrankenlosen Individualismus, der Auflösung aller Gemeinschaft, der Zerziehung aller Bindungen seelischer Art sich erschöpft hat. Ihre Mittel der Organisation sind verbraucht. Die mechanisierenden Ordnungen haben keine Kraft mehr und werden von den Strömen des erwachenden Lebens zerbrochen, eines Lebens, das sich zunächst nur dumpf und ziellos aufbäumt gegen seine Bergewaltigung durch erstarrte Formen, durch Gebilde des bloßen Verstandes und der ihn bestimmenden bloß materiellen Interessen.

Auch Marxismus und Demokratismus gehören zu diesen Formen. Es kennzeichnet die Lage wie kaum etwas anderes, daß die der politischen Phrase überdrüssigen Massen sich religiösen Stimmungen und Erwartungen zuwenden. Der politische Theaterdonner der Linksradikalen, ihre übersteigerten Gesten sind nur ein Zeichen dafür, daß die Massen nicht mehr mitbeben. Der psychologische Moment für den Sieg politischer Utopien ist verpaßt und kommt nicht wieder. Nur unter einem anderen Zeichen könnte der Radikalismus noch siegen, und das ist das Zeichen des religiösen Chiliasmus.

Es ist eine unleugbare geschichtliche Tatsache, daß die metaphysischen Grundkräfte des religiösen Lebens immer nur in einer Verbindung mit irdischeren Formkräften zur geschichtlichen Auswirkung kommen. Drei Möglichkeiten solcher Verbindung scheinen mir heute vorzuliegen. Die erste ist der übernationale Kirchengedanke des Katholizismus. Die zweite ist eine innige Verbindung des Gehalts christlicher Religiosität mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft als der irdischen, geschichtlichen Erscheinungsform des Ewigen, also eine Lebensform der Religion, wie sie als Gedanke am klarsten vom deutschen Idealismus ausgesprochen worden ist. Die dritte Möglichkeit ist die bereits angedeutete Verschmelzung mit chaotischen Urtrieben und grenzenlosen Sehnsüchten chiliaistischer Art. Dahin gehört zuletzt alles, was sich heute als „Läufertum“, ekstatisch gearteter religiöser Sozialismus u. a., regt. Ob es überhaupt zu einem Entweder-Oder dieser drei Möglichkeiten kommen wird, ist mehr als zweifelhaft. Auch darüber, welche dieser drei Möglichkeiten die stärkste Wirkung ausüben wird, ist schwer vorausszusagen. So viel dürfte sicher sein, daß heute auch im deutschen Katholizismus gewisse Möglichkeiten und auch Neigungen, der zweiten Form sich zu nähern, bestehen. Auch in dieser Hinsicht scheint mir gerade die Einstellung der christlichen Arbeiterbewegung bedeutungsvoll. Möchte auf der anderen Seite die evangelische Kirche oder besser die in ihr vorhandenen Kräfte religiösen Lebens endlich die unfruchtbare Haltung einer Defensibe im Stil

des evangelischen Bundes mit der Sammlung zu positiver Wirkung vertauschten und entschlossen den zweiten der gekennzeichneten Wege einschlagen.

Wir sprachen von der Kraftlosigkeit der mechanisierenden Ordnung aller Dinge, die sich in und nach der Revolution herausgestellt habe. Das deutlichste Zeichen für diese mehr und mehr erlahmende Kraft scheint mir gerade das Überwuchern der Organisation zu sein. Bismarck hat es als ein Zeichen staatsmännischer Fähigkeiten bezeichnet, mit möglichst wenig Gesetzen bei der Regierung eines Landes auszukommen. Wir ersticken heute in der Flut der Gesetze. Gewiß hat der Staat diese Fülle der Aufgaben nicht gesucht, sie sind ihm durch die Entwicklung aufgedrängt worden. Aber gerade darum scheint es mir völlig im Einklang mit dem Willen zur entschlossenen Abkehr von der bisherigen Entwicklung zu stehen und die notwendige Konsequenz einer Befinnung auf die Grundkräfte staatlichen Lebens zu sein, wenn der einzige Staatsmann, der zur Zeit an leitenden Stellen in Deutschland steht, wenn der bayerische Ministerpräsident von Kahr in seiner sehr bedeutungsvollen Rede vom 10. November von der Notwendigkeit spricht, die Grenzen staatlicher Wirksamkeit neu abzustecken und auf die Beseitigung der hypertrophischen Ausweitung des staatlichen Aufgabenbereichs hinzuwirken. Als vornehmstes Mittel hierfür nennt er den Ausbau der Selbstverwaltung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Da liegt in der Tat der Weg der Leibwerdung deutscher Volksgemeinschaft in dem Wachstum von unten auf, bei dem der Gemeinsinn geweckt und durch solchen Gemeinsinn in korporativer Gestaltung des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens erst wieder die tragenden Grundsteine für die Kuppelbögen des gesamtstaatlichen Aufbaus gelegt werden. Freilich führt auch dieser Weg einer Wiederaufrichtung staatlicher Macht und damit einer gesicherten Ordnung des Lebens — im Gegensatz zu dem papiernen, nicht im Volksleben selbst verwurzelten Schein-dasein des augenblicklichen Staatswesens — nur dann zum Ziel, wenn er von erneuerter Gesinnung beschritten wird. Solange z. B. die Arbeitsgemeinschaften ihr Ziel nur im Ausgleich der Interessengegensätze sehen, solange nicht in ihren Mitgliedern und den hinter ihnen stehenden Organisationen der Wille zur verantwortlichen Gemeinschaftsarbeit für die Aufrichtung der deutschen Volkswirtschaft erwacht und so die Arbeitsgemeinschaft nicht in unfruchtbaren Kompromissen stecken bleiben läßt, sondern weitertreibt zu schöpferischer Gestaltung, so lange haben sie ihre Zukunftsaufgabe verfehlt. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft hilft nur der ehrliche Entschluß, die Methoden der alten Zeit aufzugeben und willig und vorurteilslos an die Lösung der Aufgabe heranzugehen, die sich mit dem einen Satz umschreiben läßt: Wie verhelpe ich dem Menschen, seiner Sehnsucht nach Gemeinschaft, in der allein seine Würde ruht, zu seinem Recht gegenüber der erstickenden Macht der Dinge, der Mittel, des toten Mechanismus, wie, so lautet die Frage insbesondere für den Arbeiter, gewinnt der einzelne wieder ein verantwortliches, inneres Verhältnis zu seiner Arbeit. Die Frage ist keine andere, als die entsprechende auf kulturellem Gebiet und dem Gebiet des im engeren Sinne politischen Lebens.

Solange freilich diese Gestaltung der Dinge, die wir für die Zukunft erhoffen, noch nicht wirksam in die Erscheinung tritt, ist irgendeine Nothilfe erforderlich, um unter den unvermeidlichen Stürmen und Erschütterungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens, die uns die Übergangszeit noch in reichem Maße bringen wird, uns die einfachsten Existenzgrundlagen zu retten und das von Osten drohende

Chaos abzuwehren. Es ist darum nicht mehr als der einfachste Selbsterhaltungstrieb, wenn die Bevölkerung in dieser Lage zum Selbstschutz greift, und der bayerische Ministerpräsident hat ganz recht, wenn er den Entwaffnungsvorlagen der Entente gegenüber am 10. November darauf hinwies, daß Selbstaufgabe keinem Staat durch keinen irgendwie geordneten Friedensschluß zugemutet werden könne. Um so verwerflicher erscheint die parteiblinde Verfolgungssucht des preußischen Innenministers, der sich bemüht, der ihm anvertrauten Bevölkerung die Wiederherstellung gesicherter Zustände zu verbieten. Seine gesetzwidrigen Bemühungen werden ihm nichts helfen. Immerhin erscheint gerade sein Vorgehen geeignet, dem Preußenvolk die Aufgabe der kommenden Wahlen eindringlich zu Gemüte zu führen. Sie müssen die Rettung bringen für all das, was von preußischer Verwaltung noch vorhanden ist und damit für die stärkste Stütze auch einer jeden Reichsregierung der nächsten Jahre.

Damit sind wir bei der Frage Preußen und Reich und haben zugleich angedeutet, warum uns in der gegenwärtigen politischen Situation jeder Versuch einer Auflösung der staatlichen Einheit Preußens eine unverzeihliche Torheit zu sein scheint. Denn diese Auflösung Preußens würde mit der tatsächlichen praktischen Handlungsunfähigkeit der Reichsregierung gleichbedeutend sein. Das eine Beispiel der Erzbergerischen Umgestaltung der Finanzverwaltungen der Länder in die große Reichsfinanzverwaltung sollte uns hinlänglich darüber belehrt haben, was es in diesen mit ganz unmittelbar drängenden Aufgaben überlasteten und mühevollen Zeiten mit der Umstellung einer Verwaltungsorganisation auf sich hat. Was wir jetzt brauchen, ist die Erhaltung und sorgfältige Ausnutzung alles dessen, was an realen Wirkungsmöglichkeiten des Staates noch vorhanden ist und noch funktioniert. Allzuviel ist es wahrhaftig nicht mehr. Was die Zukunft bringt, soll man ihr überlassen. Mir scheint freilich die Geschichte eine sehr deutliche Sprache zu reden und das Problem Preußen-Deutschland hinlänglich geklärt zu haben. Aber wie man darüber auch urteilen möge, man schütze uns vor der schnellen Klugheit der Leute, die eine Weimarer Verfassung zusammengeschrieben haben und denen es selbstverständlich ein leichtes ist, auf der Karte neue Grenzen einzutragen. Nur zu leicht könnte man dabei dem deutschen Kantönligeist die letzten politischen Zukunftsmöglichkeiten zum Opfer bringen. Frankfurter Bundestagungen schrecken. Und ein Bismarck konnte nur über sie hinausführen, weil er einen Großstaat Preußen hinter sich hatte. Man regiere Preußen gut und der Ruf: los von Berlin wird verstummen. Außerdem hat das alte Wort immer noch seine Berechtigung: *timeo Danaos et dona ferentes!* Der Gegner weiß, warum er so brennend an dem Verschwinden des preußisch geeinten Norddeutschland interessiert ist. Gewiß bieten heute die wirtschaftlichen Zusammenhänge eine starke Gewähr der Reichseinheit, aber die schweifende deutsche Seele wird auch in Zukunft den stählernen Einschlag kolonialdeutscher, staatenbildender Kraft nicht entbehren können. Im Preußengeist liegt doch irgendwie die Gewähr der deutschen Zukunft. Man gebe ihm die Möglichkeit, zu sich selbst zu kommen und Preußen in einer neuen Zeit in neuer Weise und doch in der schöpferischen Auswertung des so verpflichtenden Erbes wieder zu dem zu machen, was es allezeit gewesen ist, zum Hüter der deutschen Einheit.